



### Österreich

---

## Jahresbericht der Doku-Stelle Politischer Islam

Die Dokumentationsstelle Politischer Islam hat ihren ersten Jahresbericht veröffentlicht.

Das Auffinden extremistischer Literatur in Buchhandlungen und bei Messen oder die Identifikation bedenklicher Predigten in einer Wiener Moschee zählt sie zu ihren Erfolgen. Außerdem werden darin die wichtigsten Organisationen von der Muslimbruderschaft über Milli Görüs und den Grauen Wölfen bis zur Gülen-Bewegung kurz beleuchtet.

Der "Österreichische Fonds zur Dokumentation von religiös motiviertem politischen Extremismus" wurde 2020 gegründet, Jahresberichte sollen künftig jährlich erscheinen. Neben Forschungsarbeiten soll die Stelle auch bedenkliche Entwicklungen dokumentieren.

Die Leiterin der Forschungsstelle, Lisa Fellhofer, unterstrich bei der Vorstellung des



Berichts, dass es keine eindeutige Zuordnung des Begriffs „Politischer Islam“ gebe: "Es existieren verschiedene

Ausprägungen, die zum Teil in Konkurrenz zueinander stehen. Dann gibt es aber auch wieder Überlappungen, die Struktur ist sehr komplex."

Sie erwähnte zudem den Start neuer Forschungsprojektes der Stelle, bei denen es um sublimen Hate Speeches von Vertretern des politischen Islam gehe. Zwar

habe es eine rückläufige Anzahl von expliziten Äusserungen seitens der radikalen Muslime gegeben, jedoch sollte mehr Augenmerk auf indirekte Stellungnahmen dieser Gruppen gerichtet werden. Man habe auch Kenntnis von bedenklichen Predigten in deutscher Sprache in einer Moschee in Wien erhalten. Nach Einschätzung der Dokumentationsstelle sind die Prediger der Muslimbruderschaft zuzurechnen, unter anderem wurden antisemitische Motive verwendet und zur Segregation aufgerufen – etwa in der Form, dass bei Konflikten unter Muslimen nicht die Polizei gerufen werden solle.

Nach Gesprächen mit der zuständigen islamischen Glaubensgemeinschaft wurden auch Konsequenzen gezogen und der kritisierte Imam wurde suspendiert. "Das zeigt, dass die IGGÖ sich durchaus um diese Dinge kümmert", so Fellhofer.

### Deutschland

---

## Verfassungsschutz in Hamburg wird aktiv gegen extremistischen Prediger

In diesem Jahr soll der Staatsvertrag zwischen Hamburg und dem Islamverband „Schura“ evaluiert werden. Das radikale Islamische Zentrum (IZH), Mitglied der Schura, steht im Zentrum der Kritik. Nun gibt es einen weiteren Vorfall.

Die Behörde geht gegen einen Führungskader des Zentrums vor. Der stellvertretende Leiter wird ausgewiesen, das bestätigte die Innenbehörde. Er unterhalte enge Kontakte zu Terrororganisationen, hieß es. Die Behörden stützen sich dabei auf Erkenntnisse des Verfassungsschutzes.

Nachdem der betroffenen Person eine Verfügung zugestellt worden sei, habe diese nun drei Monate Zeit auszureisen. Erfolgt die Ausreise nicht, könnte er in den Iran abgeschoben werden.



Seit November 2012 sind die Stadt Hamburg und der türkische Moscheeverein Ditib, die Schura

(Rat der Islamischen Gemeinschaften in Hamburg), der Verband der Islamischen Kulturzentren e.V. sowie die Alevitische Gemeinde über einen Staatsvertrag miteinander verbunden. Mit dem Abkommen räumte die Stadt damals den Verbänden mehr Rechte ein. Im Gegenzug bekannten die sich ausdrücklich zum Grundgesetz, übernahmen Integrationsaufgaben und kämpften gegen Radikalismus, finanziert auch mit Bundes- und Landesmitteln. Nach zehn Jahren wird der Vertrag im November evaluiert. Im Hintergrund laufen erste Gespräche.

Gegen dieses Bekenntnis zur Verfassungstreue hat zumindest das IZH immer wieder verstoßen. Der Verfassungsschutz soll im Falle des Beschuldigten deutliche Belege präsentiert haben, dass dieser enge Beziehungen zu mehreren Terrorgruppierungen aufweise. Speziell geht es um Spendenvereine, die der Hisbollah zugerechnet werden, die in Deutschland verboten ist.

Schon im vergangenen Sommer präsentierten die Hamburger Sicherheitsorgane neue Belege dafür, dass die Moschee von Teheran gesteuert werde. Das IZH wies die Anwürfe zurück. Der Dachverband Schura stellte sich damals vor das Zentrum. Ein Schura-Vorstand erklärte, man glaube dem IZH eher als den Sicherheitsbehörden.

---

## Bundesweite Razzien gegen Unterstützer des „Kalifstaats“

Wegen des Verstoßes gegen das Vereinsverbot sind bei einer groß angelegten Razzia 50 Gebäude durchsucht und drei Personen verhaftet worden. Der Generalstaatsanwaltschaft Koblenz zufolge handelt es sich dabei um die von Metin Kaplan geführte Organisation „Kalifatstaat“. Kaplan soll die Organisation aus der Türkei weitergeleitet haben.

Kaplan war im Jahr 2000 wegen öffentlicher Aufforderung zu Straftaten zu vier Jahren Haft verurteilt und 2004 aus Deutschland in die Türkei abgeschoben. Die



Organisation „Kalifatsstaat“ wurde 2001 verboten. 2005 verurteilte ein türkisches Gericht Kaplan zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe. Diese wurde 2010 auf 17 Jahre und sechs Monate reduziert. 2016 wurde Kaplan wegen einer Krebserkrankung vorzeitig aus der Haft entlassen.

Die Ermittlungen richten sich gegen insgesamt 41 Personen. Die Staatsanwaltschaft wirft den Beschuldigten vor, als Rädelsführer die verbotene Vereinigung aufrechterhalten beziehungsweise sich als Mitglied beteiligt zu haben. Zudem sollen Nichtmitglieder Propagandamaterial verbreitet haben. Die Beschuldigten sollen durch Verkauf von Kaplans Schriften und Spendensammlungen und Lebensmittelverkauf erhebliche Einnahmen erzielt haben, um die Vereinsstrukturen aufrechtzuerhalten. In leitender Position soll Kaplans Sohn für die Organisation tätig gewesen sein.

## Großbritannien

### **Prinz Charles und Geldkoffer aus Katar**

Der britische Thronfolger Prinz Charles hat laut eines Medienberichtes der „Sunday Times“ zwischen 2011 und 2015 insgesamt drei Koffer mit je einer Million



Euro Bargeld in 500-Euro-Scheinen erhalten - persönlich überreicht vom

damaligen Premierminister von Katar, Scheich Hamad bin Jassim bin Jaber Al Thani.

Ein Sprecher des britischen Thronfolgers bestätigte die Übergabe im Jahr 2015. Das Geld sei demnach direkt im Anschluss auf ein Bankkonto des gemeinnützigen „Prince of Wales’s Charitable Fund“ eingezahlt worden.

Wie im Artikel betont wird, wäre eine solche Zahlung nicht illegal - nur in ihrer Art und Weise ungewöhnlich. Rechnungsprüfer des Stiftungsfonds haben die jeweiligen Spenden damals freigegeben. „Wir haben die damaligen Vorgänge untersucht und können bestätigen, dass damalige Treuhänder des Stiftungsfonds die Spenden und die Beziehung zum Spender diskutiert haben. Nach einer speziellen Untersuchung wurden die Zahlungen erlaubt. Es gab kein Führungsversagen“, betonte er.

Scheich Hamad diente von 2007 bis 2013 als Premierminister von Katar. Großbritannien gilt bis heute als sein zweites Zuhause, das er regelmäßig bereist. Unter seiner Regentschaft investierte Katar große Geldsummen in London, unter anderem für den Bau des olympischen Dorfes sowie die neue Sehenswürdigkeit „The Shard“.

## Türkei

### **Deutsche Welle und Voice of America blockiert**

Die türkische Aufsichtsbehörde für den Rundfunk (RTÜK) hat das Online-Programm der Sender „Deutsche Welle“ und „Voice of America“ in der Türkei gesperrt.

Medienverbände in Deutschland kritisierten die Sperre des Internet-Angebots der Deutschen Welle in der Türkei. Damit schein die Regierung von Präsident Recep Tayyip Erdogan ihre "ständigen Angriffe auf unabhängige



Medien im Land" nun auch auf ausländische Medien ausweiten zu wollen, sagte Reporter ohne Grenzen. Inzwischen stehe die Medienlandschaft in der Türkei zu fast 90 Prozent unter Kontrolle der Regierung oder regierungsnaher Geschäftsleute.

Der deutsche Journalistenverband forderte die deutsche Regierung auf, sich für eine Aufhebung der Sperre einzusetzen

Auch die deutsche Regierung schloss sich der Kritik an. Man nehme die Entscheidung "mit Bedauern zur Kenntnis", sagte Regierungssprecher Steffen Hebestret in Berlin. Die Sorge über die Meinungs- und Pressefreiheit in der Türkei bestehe fort, Deutschland werde sich weiterhin für einen "unabhängigen faktenbasierten Journalismus" in der Türkei einsetzen.